

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



Mai 07

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief erhaltet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Klimaschutz: Beispielgemeinden aus dem Südschwarzwald
2. Klimaschutzanträge und Klimaschutzbrochure auf der GAR-Internetseite
3. Verwaltungsreform
4. Berichte aus der grünen Landtagsfraktion: **Tariftreue** (Edith Sitzmann), **Kleinkinderbetreuung** (Brigitte Lösch), **Chancengleichheit im Beruf** (Brigitte Lösch), **Stellplätze für Car-sharing** (Werner Wölfl), **Lärm**, **Elektroschrott** (Gisela Splett), **Energiethemen** (Franz Untersteller), **Grundbuchämter** (Thomas Oelmayer)
5. Schulleitungen in Oberschwaben und am Bodensee steigen dem Kultusminister aufs Dach
6. Keine Parteienfinanzierung durch Fraktionen mit öffentlichen Mitteln
7. Buchtipp zur Finanzierung kommunaler Investitionen
8. Kommunal Finanzen
9. Neue kommunalpolitische Sprecherin in der grünen Bundestagsfraktion
10. Wie wäre es mit einer Halbzeitbilanz?
11. Neue AKP erschienen
12. Vorankündigung für das Seminar zur kommunalen Beschaffung

### 1. Klimaschutzbrochure Südlicher Schwarzwald

Münster wurde gerade zur Umwelthauptstadt gewählt, München wird wegen seiner Klimaschutzziele beachtet ebenso wie Heidelberg. Aber worauf können wir verweisen, wenn wir für die vielen kleinen Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg nach Musterbeispielen suchen?

Der Arbeitskreis Energie im Naturpark Südschwarzwald hat regenerative Energieprojekte in sieben Gemeinden exemplarisch dargestellt und in einer Broschüre zusammengefasst: „Energiegemeinden im Naturpark Südschwarzwald“: Bondorf, Bräunlingen, Freiamt, Hüfingen, Königfeld, Oberried und Schönau setzen erfolgreich auf Regionalität in der Energieversorgung. Link zur Beschreibung der Broschüre:

<http://www.energieagentur-regio-freiburg.de/index.php?id=1> .

Die 24-seitige Broschüre kann für 5 Euro bestellt werden bei der Energieagentur Regio Freiburg im Solar Infocenter, Tel: 0761 7917710; E-Mail: [info@energieagentur-freiburg.de](mailto:info@energieagentur-freiburg.de)

### 2. Klimaschutzanträge auf der GAR-Internetseite

Die Internetseite der GAR zum Klimaschutz wird laufend aktualisiert und bietet Anträge, Studien, Broschüren und Links. Besonders hinweisen möchte ich auf die GAR-Broschüre zum Klimaschutz in den Kommunen zum Herunterladen. Diese Broschüre kann auch im GAR-Büro in der Druckversion bestellt werden.

### 3. Evaluation der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg

Jetzt sind die kommunalen Gremien am Zug! Einmischen ist angesagt!

Bei der sog. Evaluierung der Verwaltungsreform hat die 2. Phase begonnen. Bis zum 30.6.2007 sind die 9 Stadt- und 35 Landkreise aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Im VRG-Gesetz von 2005 ist eindeutig geregelt, dass die Stellungnahmen von den Hauptorganen, sprich den Gemeinderäten der Stadtkreise und den Kreistagen zu beschließen sind. Achtet darauf und fordert es bei Bedarf

ein! Es wäre unzulässig, wenn eine Verwaltung an Euren Gremien vorbei ihre Stellungnahme abgibt. Die Debatte in den Gemeinderäten und Kreistagen ist ein guter Anlass, aus grüner Sicht eine kritische Bilanz zu ziehen und die Finger in die überall offenen Wunden, wie z.B. Lebensmittelüberwachung (Zersplitterung, fehlendes Personal), Flurneuordnung (unsinnige Aufteilung in Poolteams bei den Regierungspräsidien und Grundteams bei den Kreisen), Schwächung des Naturschutzes (Verlust der fachlichen Unabhängigkeit, Personalschwund) u.a. zu legen.

Falls Ihr dazu Fragen habt und/oder Unterstützung braucht, wendet Euch an die GAR-Geschäftsstelle oder an mein Büro im Landtag. Wir können natürlich erst dann eine Gesamtbilanz der Verwaltungsreform für das Land vornehmen, wenn uns die Stellungnahmen aus den Stadt- und Landkreisen vorliegen, sind aber gerne bereit, Euch zu unterstützen wo es nötig ist.

Daher unsere herzliche Bitte:

Lasst uns die Stellungnahmen Eurer Verwaltungen und Eure Beiträge zur Bilanz der Verwaltungsreform in Euren Stadt- und Landkreisen bitte zukommen!

(am besten per Mail an: [gar@gar-bw.de](mailto:gar@gar-bw.de) und [hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de))

Aktuell wird die Debatte angeheizt durch die Pläne des Landwirtschaftsministers, den Staatsforst – wie auch immer – zu privatisieren. Haug will eine zusätzliche „externe“ Evaluierung des Forstbereichs und kritisiert die fehlende Wirtschaftlichkeit bei der Holzvermarktung. Hierauf hat die grüne Landtagsfraktion aktuell mit einem Antrag reagiert, der der elektronischen Fassung dieses Rundbriefs anhängt und der ansonsten im GAR-Büro angefordert werden kann.

Im Internet-Angebot des Landtags könnt Ihr folgende Drucksachen nachlesen:

([www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/neue\\_drucksachen.asp](http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/neue_drucksachen.asp))

Drs. 14/111 Antrag Grüne - Einzelergebnisse in Fachbereichen

Drs. 14/1032 Antrag Grüne – Beteiligung der Personalvertretungen

Drs. 14/0964 Große Anfrage SPD – Folgen der Verwaltungsreform

(Uli Sckerl MdL, GAR-Vorstand)

## **4. Berichte aus der grünen Landtagsfraktion**

### **4.1 Tariftreue**

Die grüne Landtagsfraktion begrüßt ein Tariftreuegesetz für Baden-Württemberg. Ziel eines solchen Tariftreuegesetzes ist es, regionale Unternehmen nicht zu benachteiligen, die Tariflöhne bezahlen und damit nicht das billigste Angebot abgeben können. Zudem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unbotmäßiger Konkurrenz durch Niedriglohnarbeitsplätze geschützt werden.

Wir sind der Auffassung, dass öffentliche Auftraggeber eine Vorbildfunktion haben und bei der Vergabe tarifliche Bezahlung einzufordern ist.

Der Landtag von Baden-Württemberg hat sich mit einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion befasst, der sich auf das in Bayern geltende Bauaufträge-Vergabegesetz stützt. Neu ist, dass die Tariftreueerklärung auf Dienstleistungen ausgeweitet wird. Wir haben beantragt, das Tariftreuegesetz auf fünf Jahre zu befristen. Nach vier Jahren soll evaluiert werden, ob o.g. Ziele erreicht wurden.

Die Landesregierung und die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben mit ihrer Ablehnung deutlich gemacht, dass sie sich nicht für die Belange der kleinen und mittelständischen Betriebe in unserem Land interessieren. Sowohl Städtetag, Handwerkstag wie auch unzählige Handwerksinnungen haben massiv für ein Tariftreuegesetz geworben.

Unser Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion:

[http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1173\\_D.pdf](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1173_D.pdf)

Der Gesetzentwurf der SPD:

[http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0849\\_D.pdf](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0849_D.pdf)

(Edith Sitzmann, MdL)

### **4.2 Betreuung von Kindern unter drei Jahren**

Aus einer Anfrage der Landtagsfraktion geht hervor, dass die Landesregierung in diesem Jahr gerade mal eine Versorgungsquote von 10,6% für Kinder unter drei Jahren anstrebt, für 2008 12,4%, für 2009 15,2% und bis 2010 nur 18,1 %. Das ist viel zu zögerlich. Der Bedarf ist viel höher. Auch Ministerin von der Leyen will für ein Drittel der Kinder Betreuungsplätze schaffen, um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

Anfrage und Antrag der grünen Landtagsfraktion zur Kleinkinderbetreuung im Land hier: [http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1047\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1047_D.PDF) (Brigitte Lösch, MdL)

#### **4.3 Chancengleichheit im Beruf**

Das Jahr 2007 ist das europäische Jahr der Chancengleichheit für alle Menschen und damit das Jahr, in dem bestehende Benachteiligungen einzelner Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden. Eine dieser Gruppen sind weltweit die Frauen, die zum Beispiel zwei Drittel der Arbeit leisten und über 10% des Vermögens verfügen. Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt in Baden Württemberg hat die grüne Landtagsfraktion einen Fragenkatalog eingereicht, dessen Beantwortung jetzt vorliegt. Den Antrag und die Stellungnahme dazu von Brigitte Lösch könnt ihr auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1391> einsehen, im GAR-Büro bestellen.

#### **4.4 Car-Sharing-Parkplätze**

Der verkehrspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Werner Wölflle hat beantragt, dass Baden-Württemberg sich dafür stark macht, dass es zu einem Bundesgesetz über die Zulässigkeit von speziellen Parkplätzen für Car-Sharing-Autos gibt. Aus der Begründung des Antrages: „Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern besteht in Deutschland für die Einrichtung von Car-Sharing-Stationen an vielen Standorten, das Hindernis, dass eine Einrichtung nur im öffentlichen Straßenraum möglich wäre, dies aber rechtlich nicht zulässig ist. Damit wird die Verbreitung des Car-Sharing unnötig behindert. Car-Sharing ist eine besonders umweltfreundliche Möglichkeit der Nutzung des Verkehrsmittels Auto. Wer auf ein eigenes Auto verzichtet und Mitglied einer Car-Sharing-Organisation wird, benutzt wesentlich häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel als Halter eigener Fahrzeuge. Ein wichtiger Faktor für die Neugewinnung von Car-Sharing-Nutzern ist die deutlich sichtbare Präsenz von Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum. ...Daher sollte die Landesregierung im Bundesrat den Plänen des Bundes zustimmen.“

#### **4.5 Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie**

Entsprechend der EU-Richtlinie 2002/49/EG müssen die Lärmkartierungen für Ballungsräume mit mehr als 250.000 EinwohnerInnen, Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 16.400 Kfz pro Tag, Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 164 Zügen pro Tag und Großflughäfen bis Ende Juni 2007 vorliegen. In Baden-Württemberg sind davon die Ballungsräume Stuttgart mit Teilen von Esslingen, Mannheim und Karlsruhe betroffen. Als Großflughafen wird lediglich der Flughafen Stuttgart kartiert.

Die zu kartierenden Straßenabschnitte sind auf der Homepage der LUBW unter [www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/21645/](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/21645/) zu finden.

Unter [www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/24239/](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/24239/) ist auch eine Übersicht über die zu kartierenden Haupteisenbahnstrecken zu finden.

Bis Mitte 2008 sind aufbauend auf den Lärmkartierungen Aktionspläne zu erstellen. Die Landesregierung hat auf einen GRÜNEN Antrag geantwortet, dass sie davon ausgeht, dass die Aktionspläne rechtzeitig und vollständig erstellt werden können.

(Siehe [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1115\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1115_d.pdf)) (Gisela Splett, MdL)

#### **4.6 Entsorgung von Elektroschrott**

Seit März 2006 gelten neue Regelungen für die Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten. Während für die „ordnungsgemäße Verwertung“ der erfassten Altgeräte nun die Hersteller zuständig sind, liegt die Zuständigkeit für die Sammlung weiterhin bei den Stadt- und Landkreisen. Nach Ansicht der Landesregierung haben „die Stadt- und Landkreise ... die privaten Haushalte über die in ihrem Gebiet zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Rückgabe oder Sammlung von Altgeräten überwiegend sehr umfangreich informiert, häufig auch unter Nutzung der jeweiligen Internetpräsenz.“ Dass es hinsichtlich der Verbraucherfreundlichkeit der Erfassungssysteme aber große Unterschiede zwischen den Kommunen gibt, belegt u.a. eine Umfrage der Deutschen Umwelthilfe (siehe [www.green-electronics.info/](http://www.green-electronics.info/)).

Bedauerlich ist, dass die neuen Regelungen dazu geführt haben, dass gewachsene Partnerschaften zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und sozialen und karitativen Betrieben weggefallen sind – obwohl das Gesetz den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern die Möglichkeit eröffnet, die erfassten Altgeräte in eigener Regie einer Wiederverwendung und Verwertung zuzuführen. Offensichtlich haben von dieser Möglichkeit nur wenige öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Baden-

Württemberg Gebrauch gemacht (siehe hierzu den Landtagsantrag unter [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1116\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1116_d.pdf)). (Gisela Splett, MdL)

#### 4.7 Aktuelle Energiethemen im Land

##### **Beteiligung grenznaher Regionen an der Standortsuche für ein atomares Tiefenlager in der Schweiz (Antrag Drs. 14/1134):**

In der Schweiz wird derzeit nach Standorten für atomare Tiefenlager gesucht. Es zeichnet sich ab, dass potenzielle Endlagerstandorte auch in unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland liegen könnten, deshalb hat die grüne Fraktion die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, zu dem Konzeptteil des Sachplans „Geologische Tiefenlagerung“ der Schweiz offiziell Stellung zu nehmen. Die Forderungen der Grünen nach u.a. einer transparenten Vorgehensweise, der Beteiligung der Bevölkerung, der Installation eines Konfliktmanagement und der Gleichbehandlung von sicherheitstechnisch gleichwertigen Alternativen sowie nach der Offenlegung der Zusammensetzung und der Aufgaben der Begleitgruppe wurden von der Landesregierung weitgehend aufgegriffen und unterstützt.

##### **Masterplan Klimaschutz 2020 – Baden-Württemberg setzt neue Maßstäbe**

Anfang Mai wurde im Landtag ein umfassenden Fraktionsantrag der Grünen zum Themen Klimaschutz eingereicht: Der Antrag zeigt auf wie wir - bei der gleichzeitigen Beibehaltung des Atomausstiegs - das CO<sub>2</sub> Reduktionsziel von 40 % bis 2020 erreichen. Die Themen Energieerzeugung, effiziente Energienutzung und Verkehr sowie ein Bündel von weiteren Maßnahmen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen werden in dem Antrag vorgestellt.

##### **50 Millionen € für den Klimaschutz Aufschwung bringt mehr Steuereinnahmen – aber auch mehr CO<sub>2</sub>**

Ministerpräsident Oettinger hat erklärt, dass er gewillt ist das Ziel der Netto-Nullverschuldung von ursprünglich 2011 auf 2008 vorzuziehen. Hintergrund hierfür sind die Steuereinnahmen, die aufgrund der boomenden Wirtschaft pro Jahr rund 1 Mrd. Euro zusätzlich einbringen. Zusätzlich zur Haushaltskonsolidierung benannte Oettinger eine Reihe von Bereichen - darunter Stuttgart 21 (150 Mio. €), den Straßenbau (15 Mio. €) die Sanierung der Haftanstalten (30 Mio. €) u.a.m. - für die zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden sollen. Das Wort Klimaschutz, als das Zukunftsthema schlechthin, sucht man in der Ankündigungsliste vergeblich. Dies ist umso unglaublicher, da die zusätzlichen Steuereinnahmen, aller Voraussicht nach, mit einem erneuten Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden sind. Deshalb haben Franz Untersteller, energiepolitischer Sprecher, und Oswald Metzger, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion in einer Pressekonferenz vorgeschlagen, zusätzlich zu den bereits veranschlagten Haushaltsmitteln 50 Millionen Euro pro Jahr für den Klimaschutz des Landes zur Verfügung zu stellen, um zumindest den drohenden Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu kompensieren. Das Zukunftsthema Klimaschutz darf bei den Überlegungen der Verteilung der zusätzlichen Steuermehreinnahmen nicht außen vor bleiben.

(Franz Untersteller, MdL)

Die Anträge sowie die einzelnen Papiere können unter [www.franz-untersteller.de](http://www.franz-untersteller.de) herunter geladen werden. Weitere Infos unter Tel: 0711/2063-689, E-Mail: [franz-untersteller@gruene.landtag-bw.de](mailto:franz-untersteller@gruene.landtag-bw.de)  
Das Papier 50-Millionen für den Klimaschutz steht auch unter Aktuelles auf der GAR-Internetseite

#### 4.8 Grundbuchämter

Bei der Einführung des elektronischen Grundbuches sind offensichtlich strukturelle und organisatorische Fehler aufgetreten, die umgehend korrigiert werden müssen. Die kommunalen Grundbuchämter im badischen Rechtsgebiet sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit auf die staatlichen Grundbuchämter zu übertragen und die Grundbuchämter auf maximal elf Standorte zu konzentrieren. Auch im württembergischen Rechtsgebiet ist die Zahl der Grundbuchämter zu reduzieren. Durch eine Konzentration der Grundbuchämter können zahlreiche Personalstellen eingespart, die Verwaltung effizienter gestaltet und die Qualität für die Bürger verbessert werden. Zudem kann nur eine umgehende Strukturreform eine zügige Umsetzung des elektronischen Grundbuchs sicherstellen. Die Grüne Landtagsfraktion hat dazu einen Antrag gestellt:

Drucksache 14/1210 ([www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/neue\\_drucksachen.asp](http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/neue_drucksachen.asp)).

(Thomas Oelmayer, MdL)

## **5. Druck von unten in Sachen Schulreform – Offener Brief von 96 Schulleitungen**

### **Schulleitungen fordern Paradigmenwechsel in der Schulstrukturfrage**

Eine klare Mehrheit aller GHS - Schulleitungen aus dem Kreis Ravensburg und dem Bodenseekreis fordert eine Abkehr von dem bei uns im Land praktizierten, weltweit einzigartigen Sonderweg der frühen Trennung unserer Kinder nach der vierten Klasse in drei Schularten.

Die Initiativegruppe hat einen offenen Brief an Kultusminister Helmut Rau verfasst und dieses Schreiben an alle Schulleitungen aus dem GHS -Bereich im Kreis Ravensburg und im Bodenseekreis verschickt. Bis heute unterstützen bereits 96 der 131 angeschriebenen Schulleitungen den Brief ausdrücklich. Das ist ein klares Votum, den längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten. Auch ist dies als klares Votum von praktizierenden Schulexperten zu werten, die auf Erfahrungen sowohl im integrativen System der Grundschule, als auch im selektiven System der Hauptschule verweisen können.

In dem Schreiben wird die Landes- und Bildungspolitik aufgefordert, den erwähnten Paradigmenwechsel anzugehen - weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden.

Den Wortlaut findet Ihr auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381>. Der Brief kann auch im GAR-Büro bestellt werden.

## **6. Sorgfalt bei der Verwendung der Fraktionsmittel**

Die CDU-Gemeinderatsfraktion in Stuttgart hat das Rechnungsprüfungsamt am Hals, weil die Fraktion das Porto für die Einladung zum Neujahrsempfang der Cannstatter CDU-Ortsgruppe bezahlt hat. Sofern auf dem Konto der Fraktion öffentliche Gelder eingehen (kommunales Geld für die Fraktionsarbeit) darf die Fraktion von diesem Konto keinerlei Parteiarbeit finanzieren. Das Geld ist ausschließlich für die politische Arbeit der Fraktion und nicht der Partei bestimmt.

Die GAR hat schon öfters auf diese Rechtslage hingewiesen. Ich nehme den Zeitungsbericht über Stuttgart zum Anlass, noch einmal auf den Erlass des Innenministeriums zu verweisen. Dieser steht auch auf der GAR-Internetseite unter „Rechtliches – Strukturen“ <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1390>.

## **7. Buchtipp: Finanzierung kommunaler Investitionen**

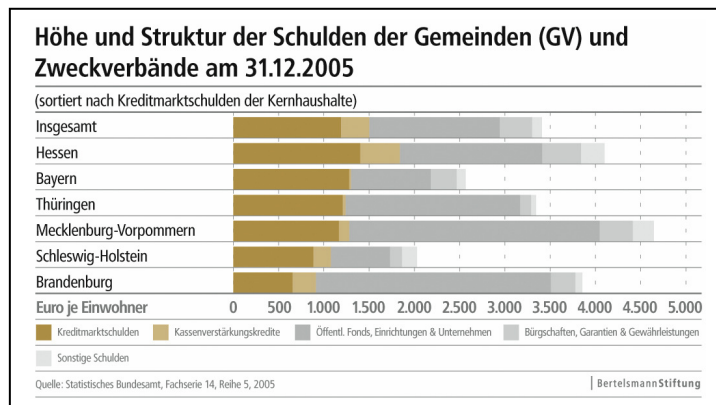
Die Kommunalfinanzen sind derzeit von mehreren Entwicklungslinien geprägt: hohe Defizite in den Haushalten, abnehmende Investitionstätigkeit, reduzierte Unterhaltung und Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur und damit steigende Zukunftslasten. In dieser Lage bieten private Investoren verstärkt neue innovative Finanzierungsformen zur Realisierung öffentlicher Infrastrukturprojekte an. Der Gesetzgeber hat mit dem Gesetz über öffentlich-private-Partnerschaften (ÖPP-Gesetz) die rechtlichen Vorgaben für die Realisierung solcher Projekte verbessert. Die vorliegende Neuauflage informiert über die Möglichkeiten der Finanzierung kommunaler Investitionen, vom klassischen Kommunalkredit und dessen Abwicklung einschließlich innovativer Zinssicherungsinstrumente bis zur Vereinbarung öffentlich privater Partnerschaften für die gemeinsame Realisierung von Infrastrukturprojekten und den Betrieb öffentlicher Einrichtungen. Zehn namhafte AutorInnen aus Kommunalverwaltung, Landesverwaltung und Kreditwirtschaft vermitteln neben den notwendigen Grundlagen vertiefte Kenntnisse über die gängigen Finanzierungsinstrumente.

Titel: Finanzierung kommunaler Investitionen, Herausgeber: Albers, Rohloff; Kommunal- und Schul-Verlag; 258 Seiten; Preis 32 €, ISBN 978-3-8293-0795-6.

## **8. Kommunalfinanzen**

Die Kommunen sind, so eine Untersuchung der Bertelsmannstiftung, höher verschuldet als bisher vermutet. Im Bundesdurchschnitt werden nur noch rund 57 Prozent der Schulden in den Kernhaushalten von Städten und Gemeinden ausgewiesen; die restlichen 43 Prozent sind in den ausgegliederten öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in so genannten Schattenhaushalten versteckt. Die Analyse zeigt die Notwendigkeit von mehr steuerungsrelevanter Transparenz in den öffentlichen Haushalten. Erst wenn die Bürger wirklich erkennen können, wie es um ihre Kommune steht, wird der dringend erforderliche Paradigmenwechsel zugunsten kommender Generationen möglich.

[http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-6D68C7E0/bst/hs.xsl/nachrichten\\_49506.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-6D68C7E0/bst/hs.xsl/nachrichten_49506.htm)



## 9. Neue kommunalpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

Die grüne Bundestagsfraktion hat Britta Haßelmann zur neuen kommunalpolitischen Sprecherin gewählt. In dieser Eigenschaft wird sie auch Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Die Abgeordnete aus NRW übernimmt dieses Aufgabenfeld von Kerstin Andreae. <http://www.britta-hasselmann.de>

## 10. Wie wäre es mit einer Halbzeitbilanz

Aus Ulm erhielt ich dieser Tage folgende Mail:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie die Einladung zu unserem Halbzeitempfang. Wir würden uns freuen, wenn Sie kommen könnten. Damit wir planen können, bitten wir um eine kurze Rückmeldung.“ Tatsächlich: 2007 liegt genau in der Mitte zwischen den Kommunalwahljahren 2004 und 2009. Genau gerechnet ist die Halbzeit schon überschritten. Das könnten auch andernorts grünalternative Fraktionen zum Anlass nehmen, Bilanz zu ziehen, die eigene Arbeit öffentlich zu machen und einen Empfang zu geben.

## 11. Neue AKP erschienen

Bundesweit rauscht das Gerücht durch den Blätterwald, dass sich die Kommunalfinanzen wegen der gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen inzwischen wieder konsolidiert hätten. Dem ist keinesfalls so! Es stimmt zwar, dass einige Kommunen vom derzeitigen Aufschwung profitieren, aber in strukturschwachen Gebieten haben sich die Probleme eher noch verschärft. Die Polarisierung und das Auseinanderdriften in der Entwicklung nehmen also zu. Diese und andere Fragen rund um die Thematik der kommunalen Finanzen und Steuern analysiert und diskutiert der neue AKP-Schwerpunkt. Das Inhaltsverzeichnis ist unter [www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de) zu finden. Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,- Euro (6 Hefte). Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, [akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

## 12. Vorankündigung für das Praxisseminar zur kommunalen Beschaffung

Seminartitel:

Umweltorientierte und faire Beschaffung: Durch „grünen Einkauf“ Qualität, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und fairen Handel zusammen führen.

Seminarinhalt:

An Hand unterschiedlicher Produktfelder werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und die praktische Umsetzungsbedingungen für „grünen Einkauf“ in Städten und Gemeinden dargestellt und diskutiert.

Seminartermin:

Samstag, 21.7.2007 von 10:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Eine ausführliche Einladung wird rechtzeitig verschickt.

Mit freundlichem Gruß

Sabine Schlager